

Rat der Stadt - 17.02.2020 - öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 33 - Drucksache Nr. 20-0196

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen**

OB/OB-1 Weinmann, 2303

**Inhalt**

**Der Rat der Stadt Duisburg möge beschließen:**

- ~~1. Die Verwaltung der Stadt Duisburg wird beauftragt, eine Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf abgegebene Einwegverpackungen für Speisen und Getränke zum sofortigen Verzehr zu erarbeiten.~~
- ~~2. Ziel ist es, die zunehmende Vermüllung des Stadtbilds durch im öffentlichen Raum entsorgte „to-go“-Verpackungen zu minimieren und einen Anreiz für die Verwendung von Mehrwegsystemen zu schaffen.~~
- ~~3. Der Entwurf über eine Verpackungssteuersatzung ist dem Rat der Stadt Duisburg in seiner nächsten Sitzung zum Beschluss vorzulegen.~~

Begründung:

~~Weggeworfene Einwegverpackungen stellen zunehmend eine Belastung für die Umwelt dar. Oftmals werden Sie nur wenige Minuten verwendet, anschließend landen sie in öffentlichen Abfallbehältern oder aber auf den Straßen, Plätzen und Grünflächen der Stadt. Die Unmengen an Einwegverpackungen bedeuten einen immensen Ressourcenverbrauch.~~

~~Alternative Abfallverminderungsstrategien wie Trennung, Recycling und Kompostierung gehen nicht weit genug. Grund ist, dass eine Abfalltrennung im öffentlichen Raum praktisch nicht umzusetzen ist und auch eine Kompostierung von Biokunststoffen bislang keine befriedigenden Ergebnisse bringt. Um dieser Entwicklung verstärkt entgegen zu wirken, wird die Verwaltung beauftragt eine Verpackungssteuersatzung zu erstellen. Dadurch sollen Anreize geschaffen werden, um Einwegverpackungen aus dem Umlauf zu nehmen und auf Mehrwegsysteme umzustellen.~~

~~Seit dem 1. Januar 2019 gilt in Deutschland das neue Verpackungsgesetz, das die alte Verpackungsverordnung abgelöst hat. Seither ist die Einführung einer kommunalen Abgabe auf Einwegverpackungen rechtmäßig und verfassungskonform. Der Stadt Duisburg muss es ein wichtiges Anliegen sein, im Sinne der Abfallvermeidung die Einführung einer Verpackungssteuer zu ermöglichen.~~

---

**Beratungsergebnis**

dafür: die Minderheit (Grüne, Die Linke. u. Rf Söntgerath -parteilos-)

dagegen: die Mehrheit (SPD, CDU, HSV, JuDu/DAL, FDP, Republikaner,  
Rh Imamura -AfD-, Rh Lücht -AfD-, Rf Händelkes -NPD-,  
Rh Nüse -parteilos-, Rh Bißling -parteilos- u. OB Link)

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

**B e r a t u n g s e r g e b n i s**  
**(über die öffentliche Sitzung des**  
**Rates der Stadt am 17.02.2020)**

Ratsfrau von Spiczak-Brzezinski -Grüne- führte aus, dass es sich lohnen könne, auf andere Kommunen zu schauen. Weggeworfene Einwegverpackungen belasteten nicht nur die Umwelt, sondern seien auch eine erhebliche Verschwendung von Ressourcen. Seit dem 01.01.2019 gebe es ein neues Verpackungsgesetz, das die Verpackungsordnung abgelöst habe. Dadurch habe sich die Möglichkeit ergeben, dass Kommunen Verpackungssteuern erlassen könnten. Die Stadt Tübingen habe das vorgemacht und vorab ausgiebig juristisch prüfen lassen. Tübingen habe sich auf den Weg gemacht, um Verpackungsmüll weiter zu reduzieren und die Grünen würden sich sehr freuen, wenn Duisburg sich diesem Beispiel anschliesse und ebenfalls eine entsprechende Satzung auf den Weg bringen würde, um das Abfallaufkommen in der Stadt zu verringern.

Ratsherr Enzweiler -CDU- erläuterte, dass er das Ziel der Reduzierung von Verpackungsmüll für lobenswert halte und unterstütze. Die CDU-Fraktion habe zur Kenntnis genommen, dass es in Tübingen Gutachten gegeben habe, welche die kommunalrechtliche Steuerhoheit bestätigt hätten. Die CDU-Fraktion halte dies dennoch für kritisch. Bevor diesem Antrag zugestimmt werden könne, müsse diese Frage geklärt werden. Er betonte, dass die Frage der Müllvermeidung auf diesem Wege nicht gelöst werden könne. Es sei die Aufgabe des Bundesgesetzgebers einzugreifen und die Hersteller der Produkte mit einer Müllsteuer zu belegen. Das Problem sei, dass Verursacher auf frischer Tat ertappt werden müssten. Dies habe sich in der Vergangenheit als schwierig erwiesen. Da der Antrag aus Sicht der CDU-Fraktion diese Situation nicht verbessere, könnten sie dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsherr Sagurna -SPD- führte aus, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits eine EU-Richtlinie zu Kunststoffprodukten umsetzen müssten. Einwegplastikprodukte sollten nach und nach ganz verschwinden. In Deutschland werde daher an einer bundesweiten Regelung gearbeitet. Die Hersteller von to-go-Verpackungen aber auch Zigarettenhersteller sollten an den Kosten der Entsorgung beteiligt werden. Aktuell werden dazu die bundesweiten Kosten ermittelt. Daran sei in Nordrhein-Westfalen neben Münster auch die Stadt Duisburg beteiligt. Ein kommunaler Alleingang sei daher nicht sinnvoll. Die SPD-Fraktion werde den Antrag entsprechend ablehnen.

Ratsherr Wedding -JuDu/DAL- stimmte den Herren Enzweiler und Sagurna zu, dass das Ziel des Antrages nachvollziehbar und sinnvoll sei. Tatsächlich sei die Frage, wie das Ziel erreicht werden könne. Die Fraktion JuDu/DAL sei nach ausführlicher Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, dass zum einen noch rechtliche Bedenken vorlägen und zum anderen sei die Steuer der falsche Hebel. Die Fraktion JuDu/DAL habe zwei Probleme ausfindig gemacht. Erstens seien die Kunden diejenigen, die am wenigsten profitierten, da eine höhere Steuer zu einem Preisanstieg führen werde. Die Händler würden die Preise an die Konsumenten weitergeben. Zweitens müssten diejenigen, welche die Stadt verunreinigten auf frischer Tat ertappt werden, was sich als äußerst schwierig erwiesen habe. Ziel sollte es sein, auf Landes- oder Bundesebene zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Er habe von Vorstößen der VKUs gehört, die sich europaweit dafür einsetzen den Verpackungsmüll zu beschränken. Aus Sicht der Fraktion JuDu/DAL erscheint das sinnvolle als kommunale Inselösungen anzustreben.